



Medienmitteilung

Zürich, 4. November 2022

Vorschau auf die Kantonsratssitzung vom Montag, 7. November 2022

Fokusthemen: **Kantonsapotheker, Justiz und Staatsrecht**

Der Zürcher Kantonsrat wird am Montag nach der Wahl eines Kommissionsmitglieds in zweiter Lesung das Gesetz über die Verselbständigung der Kantonsapotheker beraten. Anschliessend wird der Rat über eine umstrittene Fristerstreckung befinden, bevor er sich dem Gesetz über das Sozialversicherungsgericht und dem Einführungsgesetz zum Opferhilfegesetz widmen wird. In der allenfalls verbleibenden Sitzungszeit wird der Rat Vorstösse behandeln, welche die Direktion der Justiz und des Innern betreffen.

Neuer Vorschlag zur Verselbständigung der Kantonsapotheker

Eigentlich nur um formelle, meistens unumstrittene Präzisierungen der Redaktionskommission (REDKO) geht es für gewöhnlich in der zweiten Lesung einer Ratsdebatte. Bei der Behandlung der Vorlage über die Verselbständigung der Kantonsapotheker (KAZ) muss der Rat aber dennoch erneut über inhaltliche Fragen befinden ([5481](#)). FDP-Kantonsrätin Bettina Balmer will das Geschäft im letzten Moment an den Regierungsrat zurückweisen mit dem Auftrag, eine öffentliche Ausschreibung der KAZ vorzubereiten. Hintergrund ist eine Medienmitteilung eines finanzkräftigen Konsortiums, das sich für den Kauf der KAZ interessiert. Die Debatte dürfte eine gewisse Zeit beanspruchen.

REDKO-Präsidentin: Sonja Rueff-Frenkel (FDP, Zürich), 076 488 28 55

Einzelantrag KAZ: Bettina Balmer (FDP, Zürich), 077 431 56 52

Diskussion über Fristerstreckung für Bericht zur Film- und Medienförderung

Der Kantonsrat hat mit einem Postulat der Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) den Regierungsrat aufgefordert, in einem Bericht darzulegen, wie der kantonale Beitrag an die Zürcher Filmstiftung künftig stärker an die Förderung neuer audiovisueller Formate und Darstellungsformen (wie zum Beispiel interaktive Formate) geknüpft werden kann. Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) beantragt dem Kantonsrat nun, eine vom Regierungsrat beantragte Fristerstreckung zur Erstellung des Berichts zu genehmigen ([5846](#)). Der parteilose Kantonsrat Hans-Peter Amrein beantragt, die Fristerstreckung nicht zu genehmigen.

GPK-Präsident: Beat Habegger (FDP, Zürich), 076 383 82 35

Minderheit: Hans-Peter Amrein (SVP, Küsnacht), 079 657 44 56

Nicht-Leistungs-Verfahren sollen im Grundsatz weiterhin kostenlos bleiben

Seit Anfang 2021 sind die Kosten für Nicht-Leistungs-Verfahren aufgrund einer Änderung des Allgemeinen Teils des Sozialversicherungsrechts (ATSG) bundesrechtlich nicht mehr geregelt. Der Wortlaut des geltenden Gesetzes über das Sozialversicherungsgericht (GSVGer) erlaubt neu die Folgerung, dass diese Verfahren kostenpflichtig sind. Dies war bei Erlass des Gesetzes aber nicht beabsichtigt. Die Mehrheit der Kommission für Justiz und

öffentliche Sicherheit (KJS) lehnt die Einführung einer Kostenpflicht ab. Die KJS beantragt dem Kantonsrat deshalb mit 8 zu 6 Stimmen, der Vorlage für eine Änderung des Gesetzes über das Sozialversicherungsgericht (GSVGer) betreffend Verfahrenskosten zuzustimmen ([5806](#)). Eine Kommissionsminderheit (FDP und SVP) möchte indes als Grundsatz neu die Kostenpflicht festlegen.

KJS-Präsident: Tobias Mani (EVP, Wädenswil), 079 619 56 53

Minderheit: Angie Romero (FDP, Zürich), 076 564 97 77

Opferschutz soll optimiert werden

Rasch behandeln dürfte der Kantonsrat am Montag einen Verbesserungsvorschlag für den Opferschutz. Die Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit (KJS) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, der Vorlage für eine Änderung des Einführungsgesetzes zum Opferhilfegesetz (EG OHG) betreffend Finanzierungsmodell, Schutzunterkünfte und Zusammenarbeit mit Dritten zuzustimmen ([5823](#)). Neu soll unter anderem die leistungsorientierte Finanzierung der Opferberatungsstellen auf Gesetzesstufe verankert werden. Weiter beinhaltet die Anpassung eine ausdrückliche Verpflichtung zur Bereitstellung eines ausreichenden Angebots an Not- und Schutzunterkünften gemäss Vorgaben der Istanbul-Konvention. Eine Kommissionsminderheit (SVP und FDP) ist bezüglich der Beratungsstellen zwar nicht gegen eine Einschränkung auf nicht-gewinnorientierte private Organisationen, wie es der heutigen Praxis entspricht. Allerdings möchte sie nicht, dass man sich gesetzlich auf diese beschränkt, wie das der Regierungsrat vorschlägt.

KJS-Präsident: Tobias Mani (EVP, Wädenswil), 079 619 56 53

Minderheit: Nina Fehr Düsel (SVP, Küsnacht), 079 508 76 40

Kulturelle Teilhabe, Kreditübertragungen in der JI, Verlegung der Staatsanwaltschaft

In der allenfalls verbleibenden Sitzungszeit wird der Kantonsrat ein paar der traktandierten Vorstösse behandeln, welche die Direktion der Justiz und des Innern (JI) betreffen. Mit einer Interpellation hat SP-Kantonsrätin Qëndresa Hoxha-Sadriu, unterstützt von Grünen und AL, dem Regierungsrat verschiedene Fragen rund um die Unterstützung der kulturellen Teilhabe von gefährdeten Publikumsgruppen in der Corona-Krise gestellt ([KR-Nr. 213/2020](#)). Mit der Diskussion im Rat über die Antworten der Regierung ist das Geschäft erledigt. Dasselbe gilt für die Antworten auf eine Interpellation von SVP-Kantonsrat Diego Bonato. Dieser wollte im Zusammenhang mit Kreditübertragungen im Generalsekretariat der JI vom Regierungsrat unter anderem wissen, welche Konsequenzen eine Abschaffung von Kreditübertragungen im Bereich der Erfolgsrechnung und der Investitionsrechnung hätte ([KR-Nr. 245/2020](#)). Um die Verlegung der Staatsanwaltschaft II, Abteilung A, Besondere Untersuchungen ins neue Polizei- und Justizzentrum Zürich (PJZ) geht es im Postulat von Daniel Heierli, Kantonsrat der Grünen. Er fordert den Regierungsrat auf, die Abteilung, die bei Verfahren gegen Polizisten zum Einsatz kommt, nicht ins PJZ zu verlegen, um räumliche und persönliche Nähe zwischen den Strafverfolgungsbehörden und beschuldigten Beamten zu verhindern ([KR-Nr. 319/2020](#)). Der Regierungsrat beantragt, den Vorstoss abzulehnen.

Qëndresa Hoxha-Sadriu (SP, Opfikon), 079 951 39 07

Diego Bonato (SVP, Aesch), 079 339 18 78

Daniel Heierli (Grüne, Zürich), 077 486 98 81

Personelles:

Gleich zu Beginn der Sitzung steht am Montagmorgen die Wahl eines neuen Mitglieds der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU) an ([KR-Nr. 363/2022](#)). Die Interfraktionelle Konferenz (IFK) schlägt David Galeuchet (Grüne, Bülach) als Nachfolger von Thomas Honegger vor. Der Wahlvorschlag ist unumstritten.

IFK-Präsident: Markus Bischoff (AL, Zürich), 079 211 81 66

Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden. Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der [Traktandenliste](#) aufgeführt.

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrats geben:

Esther Guyer, Kantonsratspräsidentin, 079 699 13 45

Ronny Nicolussi, Medienbeauftragter, 043 259 20 12